

# OFFENe HEIDe

Kontaktadressen und

Mitfahrbörse: Christel Spenn, Hugenottenstraße 3, 39124 Magdeburg, ☎ 03 91 / 2 58 98 65  
Uwe Schubert, Kommunikationsweg 10, 39326 Niedere Börde, ☎ 03 92 02 / 5 05 52  
Joachim Spaeth, ☎ 01 60 / 3 67 18 96

Spendenkonto: Uwe Schubert, Rolf Sonnet, BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE85 4306 0967 1143 6774 00, GLS Bank,

Stichwort: OFFENe HEIDe

E-Mail: info@offeneheide.de

Internet: <http://www.offeneheide.de>

Abs.: Christel Spenn, Hugenottenstraße 3, 39124 Magdeburg

Magdeburg, 17.06.2014

*Die Schriftsteller können nicht  
so schnell schreiben, wie die  
Regierungen Kriege machen;  
denn das Schreiben verlangt  
Denkarbeit.*

*Bertolt Brecht*

Liebe Freundinnen und Freunde der Colbitz-Letzlinger Heide,

**aufgepasst:** der **253. Friedensweg** findet bereits eine Woche früher statt. Wir treffen uns am **Sonntag, den 29. Juni 2014** um **14 Uhr** im Ortsteil

**Neuenhofe** an der Teichstraße. Mit dem Friedensweg gratulieren wir Neuenhofe zum 650. Geburtstag. Die Festwoche zu diesem Jubiläum läuft bis zum 29. Juni. Wir meinen, dass die fast 80 Jahre Nachbarschaft von Neuenhofe zu einer militärischen Einrichtung genug sind. Nach der Kundgebung am Treffpunkt fahren wir gemeinsam zum Ausgangspunkt unserer Wanderung am Eingang des Jägerstiegs. Damit alles zügig abläuft bitte ich jetzt schon einmal, dass alle mit anpacken, wenn wir unsere Dinge am Kundgebungsort einpacken. Der 29. Juni ist einer der wenigen Tage, an denen der Jägerstieg zugänglich ist. Also führen wir unsere etwa **5 km** lange **Wanderung** auf dem **Jägerstieg** durch.

Unser **Arbeitstreffen** beginnt am **Mittwoch, den 09. Juli 2014** um **19 Uhr** im Ortsteil **Miltern**, in der Dorfstraße 45 bei Kerstin Schumann und Malte Fröhlich. Da wird es auch um den **18. Sachsen-Anhalt-Tag** gehen, der vom **18. bis 20. Juli in Wernigerode** stattfindet.

Am **16. Juli 2014** gibt es in **Magdeburg** in der Geschäftsstelle des BUND in der Olvenstedter Straße 10 eine **Informationsveranstaltung der Gewaltfreien Aktion GÜZ abschaffen**. Beginn ist um **19.30 Uhr**. Dem gedruckten Rundbrief liegen die Faltblätter der Gewaltfreien Aktion bei. Eine Vorversion wurde auf dem Ostermarsch in Wolmirstedt verteilt. Auf der Internetseite der Gewaltfreien Aktion kann man sich für einen **Newsletter** anmelden und ist somit aus erster Hand informiert. Wichtig ist auch, dass die **Absichts- und Solidaritätserklärungen** zur Aktion unterzeichnet werden. Bundespräsident Joachim Gauck hat sich auch mit seinem Namen gemeldet und wieder mehr militärisches Engagement der Bundesrepublik gefordert. Wir sind keine Bankräuber, die ohne Namen im Untergrund agieren.

Manchen Menschen fällt es schwer, im Zelt zu übernachten. Sie wollen aber trotzdem an der Gewaltfreien Aktion im August teilnehmen. Darum meine Bitte an die Bewohner der Heide-region zu prüfen, ob im Gäste- Kinder- oder einem anderen Zimmer noch ein Bett frei ist. Erste Anfragen gibt es schon. Belohnt wird die Gastfreundschaft mit guten Gesprächen mit Gleichgesinnten. Wer Gastgeber sein will, meldet sich bitte bei den Kontaktadressen oder auf den Friedenswegen.

Euer

*Helmut Adolf*

# Wir wollen ein Zeichen setzen gegen die Eskalation in der Ukraine

Ende Mai und Anfang Juni fanden in zahlreichen bundesdeutschen Städten lokale Aktionen der Friedensbewegung zum Ukraine-Konflikt statt. Der Ruf von diesen Veranstaltungen „Entmilitarisierung des Konflikts ist das Gebot der Stunde - Gemeinsame Sicherheit statt Konfrontation“ bzw. "Die Waffen nieder! Für Frieden in der Ukraine!". Einige Auszüge aus dort gehaltenen Reden können Anregung zum weiteren Nachlesen geben. Siehe <http://ag-friedensforschung.de/bewegung1/31mai-reden2.html>

**Aus der Rede von Tobias Pflüger in Berlin** „...Was war am Anfang? Am Anfang gab es den Streit, ob die Ukraine die Eurasische Zollunion, die jetzt gegründet wird, mit unterschreibt, oder ob sie das EU-Assoziationsabkommen unterschreibt.

Liebe Freundinnen und Freunde, dieses EU-Assoziationsabkommen ist nicht irgendein harmloses Abkommen zur Zusammenarbeit, sondern da geht es um wirtschaftliche Interessen. Bei diesem EU-Assoziationsabkommen wird geregelt, dass in Zukunft Freihandel geben soll zwischen der Ukraine und der Europäischen Union. Und das heißt – da kann ich die Neue Osnabrücker Zeitung zitieren – "Ein Assoziierungsabkommen mit der EU würde zunächst dazu führen, dass europäische Unternehmen die Ukraine mit Produkten übersütten – ein Markt von 45 Millionen Konsumenten lockt. Ukrainische Unternehmen gerieten unter mächtigen Konkurrenzdruck. Viele brächen zusammen. Die wirtschaftliche Misere würde noch schlimmer." Oder sagen wir es mit unseren Worten: das EU-Assoziationsabkommen wird dazu führen, dass Privatisierungen stattfinden werden, dass die Löhne runter und die Preise nach oben gehen, und dass Stück für Stück die Bevölkerung verarmen wird. Liebe Freundinnen und Freunde, dieses EU-Assoziationsabkommen ist eine imperiale Geste der Europäischen Union, und die ist nicht unwesentlich für die Eskalation dieses Konfliktes verantwortlich! Wir wollen nicht, dass es diese EU-Osterweiterung in dieser Form gibt, denn das bedeutet nämlich Eskalation, und die wollen wir nicht!...“

**Aus der Rede von Matthias Jochheim, IPPNW, in Frankfurt a.M.:** „...Der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann hat ein sehr sinnvolles Bild geprägt, als er sagte: „Wer mit dem Finger auf andere zeigt, zeigt mit drei Fingern auf sich selbst zurück.“ Russland wird Einmischung in die ukrainische Politik und der Anschluss der Krim an die russische Föderation vorgeworfen – aber welche Mächte haben am putschartigen Sturz des legal gewählten Präsidenten Janukowitsch tatkräftig mitgewirkt, in Kooperation mit einer explizit faschistischen Partei, genannt „Swoboda“, die übrigens an die Traditionen von ukrainischen Verbündeten Nazi-Deutschlands anknüpft. Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Gehrcke machte darauf aufmerksam, daß die »Denkfabrik« von Swoboda den Namen »Joseph-Goebbels-Forschungszentrum für Politik« trage - das also ist einer der Bündnispartner für die Förderung westlicher Werte in der Ukraine! Diese Partei pflegt kollegiale Beziehungen zur deutschen NPD, und gehört zu der geistigen Verwandtschaft des „Rechten Sektors“, den gut trainierten Gewalttätern, denen unter anderem die Brandschatzung des Gewerkschaftshauses in Kiew mit mindestens 47 Todesopfern zur Last gelegt wird.

Von solchen Verbrechen und ihren Hintergründen erfährt das Publikum des deutschen Fernsehens wenig. Dort war nur von einer „Katastrophe“ die Rede - über die Täter ist nur abseits des Mainstreams Genaueres zu erfahren. Und hier liegt eine wesentliche friedenspolitische Aufgabe für die Aktiven gegen den Krieg: sich die Mühe zu machen, dem verfälschten Bild, das uns die hiesigen Massenmedien unterjubeln wollen, authentische Informationen entgegenzustellen haben .....

**Aus der Rede von Willi van Ooyen auf der Kundgebung am 31. Mai in Frankfurt a. M.**

"Mir geht es nicht um eine pro-russische oder pro-ukrainische Parteinahme. Es geht mir um einen Umgang von uns mit sozialen Problemen und demokratischen Interessen der Menschen in der Ukraine. Diese werden dann gern als Beziehungen zwischen Blöcken, Nationen, Nationalitäten oder Ethnien dargestellt. Dieser Logik der Konfrontationslinien haben wir uns als Friedensbewegung immer entgegengestellt.

Kritik an undemokratischen Zuständen im heutigen Russland ist das Eine und wird von vielen Friedensbewegten geteilt. Aber die arrogante Selbstgerechtigkeit, mit der Putin im Westen zur Inkarnation des Bösen und Russland zur Gefahr für westliche Freiheit und Sicherheit erklärt werden, ist lebensgefährlich. Die schlichte und ahistorische Reduktion der Konfliktparteien auf „pro-russische“ und „pro-westliche“ Kräfte ist unverantwortlich und hat mit der sozialen Wirklichkeit der Menschen in der Ukraine und in Europa nichts zu tun.

Der innerukrainische Konflikt begann mit dem Protest auf dem Maidan gegen Armut und Arbeitslosigkeit, gegen das sich selbst bereichernde Oligarchensystem und mit dem Ruf nach Presse- und Versammlungsfreiheit. Heute herrscht auf beiden Seiten der antirussischen und der pro-russischen Kräfte das Gesetz des "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns" und zwingt die Menschen in die Zerreihsprobe zwischen Anschluss an EU und NATO oder an Russland."

Zusammengestellt von **Joachim Spaeth**